

Visionen für ein neues Sozialsystem

von Klaus Dräger

Hat die Linke ein Projekt für Europa?

Die Erneuerung des Sozialstaats ist ein Thema, das nicht nur zwischen links und rechts, sondern auch quer zu den politischen Spektren kontrovers diskutiert wird. Kaum eine politische Formation tritt offen für den Abbau des Sozialstaats ein. Von Mitte-Rechts bis Mitte-Links wird vielmehr spätestens seit den 1980er Jahren vom nötigen „Umbau“ und der „Modernisierung“ des Sozialstaates gesprochen, welche durch die Herausforderungen der Globalisierung und der demografischen Entwicklung (Alterung und Schrumpfung der Gesamtbevölkerung) erforderlich seien. Nur der linke Rand des politischen Spektrums verteidigt noch die Kernelemente des keynesianischen Wohlfahrtsstaats und verbindet zuweilen die Forderung nach Umbau des Sozialstaates mit der Perspektive seines Ausbaus.

Unter dem Slogan der „Modernisierung des Sozialstaates“ hat in den vergangenen Jahren allerdings ein tief greifender Übergang von schrittweisen Einschnitten (parametrische Kürzungen) in den sozialen Sicherungssystemen zu einer Politik der "radikalen systemischen Sozialstaatsreformen" stattgefunden, welche die Überreste des keynesianischen Wohlfahrtsstaats der 1970er Jahre bereits grundlegend transformiert haben. Die Stichworte sind der Vorrang der privaten Eigenvorsorge, Kostendämpfung und Einführung wettbewerbsorientierter Wohlfahrtsmärkte, Teilprivatisierung von Systemen der Alterssicherung, der Pflege und der Gesundheitsvorsorge sowie eine „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ (vgl. Dräger 2004, S. 505ff.). Im Ergebnis bewegen sich die radikalen Sozialstaatsreformen in Richtung auf ein neues markt- und wettbewerbsorientiertes Sozialmodell, in dem der Sozialstaat die Angebotsbedingungen der Wirtschaft zu verbessern und nicht mehr die materielle Gewährleistung unteilbarer und universeller sozialer Rechte durch (möglichst flächendeckende) Sozialschutzsysteme und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu garantieren hat.

Erneuerung des Sozialstaats: Die Rolle der EU

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die EU laut geltendem EG-Vertrag keine Kompetenz in Fragen der Gestaltung der sozialstaatlichen Systeme der Mitgliedstaaten hat. Sozialstaatspolitik ist nach dem Vertragstext weitgehend eine Domäne der Mitgliedstaaten. Auch der von der Regierungskonferenz der EU-Mitgliedstaaten beschlossene Vertrag über eine Verfassung für Europa kennt keine solchen Begriffe und Konzepte wie Sozial- oder Wohlfahrtsstaat, öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge usw. - einzig die „Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ (gemeint sind z.B. Energieversorgung, Telekommunikation, Post, Bahn usw.) finden Erwähnung und werden generell den Binnenmarktregeln und dem Wettbewerbsrecht unterworfen. Die EU präsentiert sich so vorwiegend als ein „Binnenmarkt mit freiem und unverfälschten Wettbewerb“.

Zwar enthält der geltende EG-Vertrag Kapitel zur Sozial- und Beschäftigungspolitik. Was die EU an harter, einklagbarer Rechtsetzung bietet, ist aber im Wesentlichen ein System der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten (z.B. zum Erhalt von Rentenansprüchen aus Erwerbstätigkeit in einem anderen EU-Mitgliedstaat usw.) und soziale Mindestvorschriften im Europäischen Binnenmarkt (z.B. Richtlinien über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, zum Mutterschutz, zur Arbeitszeit, Europäischen Betriebsräten usw.). Als Mindestvorschriften bieten sie meist Schutzstandards, die unter jenen der entwickelteren nationalen Sozialstaaten liegen.

Dennoch hat die EU ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, mit dem sie auf die Rahmenbedingungen für die Gestaltung des Sozialstaats in den Mitgliedstaaten Einfluss nimmt. Zu nennen ist das eiserne Korsett der Maastricht-Kriterien für Haushaltsdefizite, welches von den Mitgliedstaaten meist genutzt wird, um soziale Einschnitte als unausweichlich zu begründen. Oder die zahlreichen Richtlinien zur Schaffung eines liberalisierten Binnenmarkts, die große Teile der früheren öffentlichen Daseinsvorsorge bereits für Markt und Wettbewerb geöffnet haben und umfassende Privatisierungsprogramme nach sich zogen - die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist nur das jüngste Beispiel. Und nicht zuletzt die verschiedenen Koordinierungsprozesse auf EU-Ebene - Lissabon-Strategie, Europäische Beschäftigungsstrategie, wirtschaftspolitische Leitlinien, offene Koordination in den Bereichen Sozialschutz (Rente, Pflege, Gesundheitswesen) und soziale Eingliederung - welche gestützt auf EU-weit vereinbarte Ziele und Indikatoren die EU auf den Pfad gestärkter internationaler "Wettbewerbsfähigkeit" bringen sollen.

Die Koordinationsprozesse schaffen nicht unmittelbar EU-Rechtsakte, sondern sie erzeugen durch Vergleiche „bester Praktiken“ usw. einen subtilen, aber stetigen Druck auf die Mitgliedstaaten (soft law approach). Eine Regierung, die den EU-Zielvorgaben nicht folgt, muss sich gegenüber den anderen Mitgliedstaaten rechtfertigen. Sie wird in der Öffentlichkeit madig gemacht, wenn sie z.B. die „Modernisierung der Sozialsysteme“ nicht in der von den EU-Institutionen vorgezeichneten Richtung vorantreibt. Andere Regierungen wiederum ziehen die Ziele der Lissabon-Strategie heran, um eigenständig geplante nationale „Sozialstaatsreformen“ mit höheren europapolitischen Weihen zu versehen (vgl. Brie 2004, S. 33- 53).

Das Projekt der Eliten: Die Hayeksche EU

Die Vision der EU-Eliten und die Praxis der real existierenden EU-Institutionen ist somit die Transformation zum „marktorientierten Wettbewerbsstaat“, der lediglich symbolisch noch auf eine „neue Balance zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit“ (Flexicurity) abzielt (zur Flexicurity, vgl. Seifert/Tangian 2006).

Peter Gowan hat diese Entwicklung des europäischen Integrationsprojekts seit Mitte der 1980er Jahre treffend auf eine etwas sperrige Formel gebracht: die Hayeksche EU. Der mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1985 eingeleitete „Strukturwandel der europäischen Integration“ (vgl. Ziltener 1999) hat ihm zufolge als „passive Revolution“ stattgefunden. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele waren in diesem Prozess die gleichen wie jene der neoliberalen Wende unter Reagan und Thatcher in den USA und Großbritannien. Die passive europäische Revolution vollzog sich aber mit sanfteren Methoden: der Einbindung der Sozialdemokratie und williger Teile der Gewerkschaften in das Projekt einer „Hayekschen Föderation“, und nicht so sehr als Folge einer nationalistischen Konfrontationsstrategie gegen die Arbeiterbewegung.

Für Friedrich Hayek, einen der geistigen Väter des Neoliberalismus, „gründeten die Probleme Europas im Aufstieg der Volkssouveränität und demokratischer Kontrolle über die Wirtschaftspolitik. Seine Lösung, die er erstmals 1939 veröffentlichte, war eine Europäische Föderation, welche den demokratischen 'Weg in die Knechtschaft' versperren würde, indem die europäischen Staaten vertragliche Verpflichtungen zur Beendigung öffentlicher demokratischer Kontrolle über die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingehen. Seine brillante Erkenntnis war, dass unter internationalem Vertragsrecht die normalen parlamentarischen Gesetze und Politiken einzelner Staaten unterlaufen werden können. Somit kann ein Vertrag, der innerstaatliche Angelegenheiten betrifft, demokratische Politikgestaltung blockieren (Gowan 2004).“

„In seinem Buch Der Weg zur Knechtschaft“, so Gowan weiter, „beschrieb er die Aufgabe der Föderation sehr klar als 'eine Macht, die verschiedene Nationen in Schranken halten kann (...) eine Reihe von Regeln, die festlegen, was ein Staat tun kann, und eine Behörde,

die autorisiert und in der Lage ist, diese Regeln durchzusetzen. Die Befugnisse, welche eine solche Behörde bräuchte, sind im Wesentlichen negativer Art: sie muss vor allem in der Lage sein, zu jeder Art von einschränkenden Maßnahmen 'Nein' sagen zu können.“

In der Tat verordnen die einschlägigen Bestimmungen des geltenden EG-Vertrags wie des Vertrages über eine Verfassung für Europa einerseits regelgebundene Verfahren außerhalb jeder demokratischen Rechenschaftspflicht und jedes demokratisch legitimiertem politischen Zugriffs (z.B. Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihrer Geldpolitik), und andererseits eine Reihe von Verboten (Beschränkungen des Wettbewerbs im Binnenmarkt) sowie eine bloß negative Koordinierung der Wirtschaftspolitik (Mitgliedstaaten dürfen keine 'übermäßigen Defizite' machen). Verbindliche Maßnahmen und Instrumente zur positiven Koordination (z.B. in der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik) sind hingegen weitgehend nicht vorhanden. Die bestehende Hayeksche EU verhindert somit ein positives europäisches Integrationsmodell: eine demokratische Europäische Föderation, das soziale Europa.

Wozu noch Europa?

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass die bislang eher passive Zustimmung zur europäischen Integration in der Bevölkerung dramatisch abgenommen hat. Auch jene, die in den 1980er und 1990er Jahren mit dem Europäischen Binnenmarkt und dem Euro noch Hoffnungen auf eine florierende Wirtschaft verbanden oder daran glaubten, dass Liberalisierung und Wettbewerb bei Strom und Gas, Bahn und Post usw. zu sinkenden Preisen und besserem Service führen würden, sind über die tatsächlichen Ergebnisse der EU-Politik enttäuscht. Die Lissabon-Strategie wird von einer Mehrheit der Bevölkerung in der EU inzwischen als das wahrgenommen, was sie im Kern auch ist: eine Agenda zur Durchsetzung der Interessen des 'Big Business'. Selbst von bisher eher europafreundlich gesinnten Wählerinnen und Sympathisanten der Linken in Deutschland hört man immer öfter die Frage: Wozu brauchen wir 'Europa', wenn es uns überwiegend ein Programm sozialer Zumutungen beschert?

Gerade in der politisch sensiblen Frage der Erneuerung des Sozialstaats produziert die 'Europafrage' einen Riss, der quer durch das bekannte politische Koordinatensystem von links bis rechts hindurchgeht. Linke und soziale Bewegungen versuchen diesen Riss zwar durch die wohlklingende Formel vom „anderen Europa in einer anderen Welt“ zu kitten, doch unter diesem harmonischen Dach geht es in Wirklichkeit recht kontrovers zur Sache.

Die Idee Europa: Föderalisten versus Souveränisten

Linke wie rechte Verteidiger größerer nationalstaatlicher Souveränität argumentieren, dass ein so großer Zusammenschluss wie die EU nicht demokratiefähig sei. Ökologisch orientierte EU-Gegner (Skandinavien, Großbritannien) behaupten, dass wirkliche Demokratie nur kleinräumig auf regionaler oder lokaler Ebene zu verwirklichen sei. Andere glauben hingegen, dass Demokratie und Volkssouveränität aus historischen Gründen an den demokratischen parlamentarischen Nationalstaat gebunden sind - insbesondere gelte dies für den Sozial- und Wohlfahrtsstaat. In einer EU von 27 Mitgliedstaaten fehle eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Kultur, eine funktionierende europäische Öffentlichkeit und ein „europäisches Volk“ (Demos), die als Unterbau für die Ausübung demokratischer Volkssouveränität und demokratischer Legitimität unerlässlich seien. Dies verbinden die Souveränisten mit eindringlichen Warnungen vor einem „europäischen Superstaat“ - ins gleiche Horn stieß früher übrigens auch Friedrich Hayek - und weiteren Integrationsfortschritten.

Im Lager der Souveränisten stehen die EU-Kritiker schon etwas näher bei den Föderalisten, die Übergänge sind fließend. Sie lehnen die EU-Integration nicht grundsätzlich ab, wollen aber ihre erfahrbaren negativen Auswirkungen begrenzen. Aus diesem EU-kritischen Spektrum wird argumentiert, dass die Verfassungen einiger Mitgliedstaaten (z.B. BR Deutschland, Frankreich, Portugal) auf ein Sozialstaatsgebot verweisen, welches im EU-Vertrag gänzlich fehlt. Daher gelte es, den Sozial- und Wohlfahrtsstaat vorrangig auf nationaler Ebene gegen die Zumutungen aus Europa zu verteidigen und eine europäische Vergemeinschaftung der Sozialpolitik oder gar die Schaffung eines europäischen Sozialstaats abzulehnen. Das „andere Europa“ der „linken Souveränisten“ (oder „Öko-Regionalisten“) läuft damit auf eine lockere europäische Zusammenarbeit progressiv erneuerter und ausgebauter nationaler Wohlfahrtsstaaten hinaus, welche die „Demokratie“ im Wesentlichen über die nationalstaatliche Ebene organisiert und die bisherigen Integrationsfortschritte (EU-Binnenmarkt, Währungsunion etc.) tendenziell dort rückgängig macht, wo sie negative Auswirkungen auf den nationalen Wohlfahrtsstaat haben.

Doch auch der Gegenpol der Föderalisten ist sich in wesentlichen Fragen uneinig. Ein Teil - vornehmlich aus Sozialdemokratie, Grünen und Teilen der Gewerkschaften - wirbt trotz eigener inhaltlicher Kritik am Verfassungsvertrag für dessen Ratifizierung. Man sieht ihn als Grundlage, weitere Fortschritte in Richtung auf ein soziales Europa in der Zukunft zu erreichen. Die Devise ist: Vertiefung und Erweiterung der EU müssen zusammengehen, Stillstand bringt einen Rückfall zur Konkurrenz der Nationalstaaten in Europa und gefährdet damit potenziell den Frieden.

Ein anderer Teil fordert einen radikalen Bruch mit der Hayekschen EU und eine ökologisch-solidarische Neugründung der Europäischen Union, mit demokratischen europäischen Institutionen, Sozialstaatlichkeit, Umverteilung und Nachhaltigkeit als Grundlage. Auch hier sind Übergänge zum Lager der EU-Kritiker fließend: welche Kompetenzen stehen der europäischen Ebene zu, welche den nachfolgenden Gliederungen; wie können die Rechte von kleineren Mitgliedstaaten oder Minderheiten gesichert werden; wie verbindlich oder wie locker soll die EU als Föderation und Politische Union gestaltet werden?

Unter dem Strich bleibt: Linke und soziale Bewegungen haben kein gemeinsam getragenes 'Projekt für Europa'. In der Diskussion tauchen stets Fragestellungen auf, die in den Europadebatten seit dem Ersten Weltkrieg immer wieder eine Rolle spielten, aber bisher kaum überzeugend gelöst wurden. So haben wir auf der einen Seite immer noch linke und rechte Anhänger des Vorrangs der nationalstaatlichen Souveränität, auf der anderen Seite linke wie rechte „föderalistische Fabeln, nach denen Europa eine Kultur hat und das Europäische Parlament, nach einigen falschen Wendungen auf seinem Weg, langfristig gesehen die logische Konsequenz von Karl dem Großen ist. (...) Bei beiden fehlt die politische Ökonomie völlig - die Interessen der meisten Leute, warum sie so wählen wie sie es tun, und wie das System von unten gestaltet wird (Milward 1996, S. 57).“ Die Idee Europa wurde so den Deutungsmustern des Liberalismus überlassen: ökonomische und politische Interdependenzen und zunehmende Globalisierung erzwingen es nahezu, dass supranationale Governance den zu klein werdenden europäischen Nationalstaat ersetzt. Zur supranationalen Governance verhält man sich entweder bloß anklagend oder euro-phorisch verklärend, kommt aber deshalb nicht zum Kern des demokratischen Legitimationsproblems der EU. Die Linke bräuchte aber eine politische Ökonomie und eine Demokratietheorie der europäischen Integration, genauso wie sie diese in früheren Zeiten für den „Sozialismus“ beanspruchte.

Historische Euro-Visionen – von rechts nach links

Wer heute Visionen für ein neues Europäisches Sozialmodell diskutieren will, kommt aus diesen Gründen um eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen historischen Ideen für ein vereintes Europas nicht herum. Motive, strategische Orientierungen, Interessenlagen und ungelöste Probleme der Idee Europa sind durchaus noch jenen vergleichbar, die seit

dem Ersten Weltkrieg die verschiedensten Seiten des politischen Spektrums umtrieben. Dies gilt für wirtschaftliche, soziale wie geopolitische (Europas Rolle in der Welt) Fragestellungen.

Bürgerliche (konservative wie liberale) Theoretiker griffen die Parole Ernest Renans (1862) von den Vereinigten Staaten von Europa auf. Gestützt auf die „unbezwingbare Trinität Englands, Frankreichs und Deutschlands“ sollte ein wirtschaftlicher und politischer Integrationsprozess in Gang gesetzt werden, mit der ein ökonomisch gestärktes Europa „die neue Welt beherrschen und die östliche Welt in Schach halten“ könne (Renan 1995, S. 70 u. 60) Im Sieg dieses Europas triumphiere der „indoeuropäische Geist“ über den rückständigen Islamismus, welchem die „Verachtung der Wissenschaft“, die „Unterdrückung der bürgerlichen Gesellschaft“ und die „vollkommene Negation Europas“ zugeschrieben wird (Renan 1995, S. 152f.). Die Nation als Kampfgemeinschaft und „Pakt auf Leben und Tod“ wird so gleichermaßen durch eine europäische Dimension als Schutzschild in der Konkurrenz der Kontinente und Kulturen erweitert.

Weniger martialisch im Ton, aber ähnlich in der Absicht waren die Paneuropa-Vision des Grafen Richard Coudenhove-Kalergi (1923) oder die Vorschläge des Heidelberger Programms der SPD (1925) und des französischen Außenministers Aristide Briand (1929), eine europäische Föderation als Regionalorganisation des Völkerbundes zu schaffen. Trotz zum Teil deutlicher Unterschiede in der sozialen Orientierung einte diese Vorschläge der Drang nach Zollunion und wirtschaftlicher Integration durch einen Gemeinsamen Markt. Bei Coudenhove-Kalergi erklang gar der Ruf nach einem Europäischen Parlament, einer europäischen Armee und einer europäischen Polizei. Sein Credo lautete, „dass nur ein einiges Europa sich militärisch gegen die russische Drohung und wirtschaftlich gegen die wachsende amerikanische Konkurrenz schützen könnte (Coudenhove-Kalergi 1964, S. 27). Das bürgerliche Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ nach dem Ersten Weltkrieg bemüht die Mythologie vom „christlichen Abendland“ gleichermaßen gegen den Orient (Islam) und den „Bolschewismus“ und verbindet sie mit der Vision einer Rückgewinnung wirtschaftlicher Stärke gegenüber den USA.

Auch die faschistische Ideologie bemühte im Zweiten Weltkrieg diese „Abendland“-Metaphorik, verkoppelte sie jedoch mit der „Reichsidee“ und der Konzeption einer euro-asiatischen Großraumwirtschaft: Hitler mit der Vision eines „arischen Europa“, das den eurasischen Osten als „Lebensraum“ kolonisiert; Mussolini mit dem Projekt eines „Dritten Römischen Imperiums“, welches die Mittelmeeranrainerstaaten umfasst. An bürgerliche wie faschistische Europa-Traditionen knüpfte Silvio Berlusconi mit seiner Inszenierung des EU-Gipfels in Rom im Oktober 2003 symbolisch an. Frohgemut tagte man in einem marmornen Protzbau der Mussolini-Ära - der Konferenzsaal geschmückt mit kitschigen Monumentalreproduktionen, die die „große Vision“ des Duce in Erinnerung riefen. Das Reiterstandbild des Faschistenführers vor dem Pressezentrum des EU-Gipfels war zuvor eigens instandgesetzt und aufpoliert worden. Die EU-Regierungschefs nahmen dies damals vielleicht irritiert, aber ansonsten gut gelaunt und gleichmütig hin. Nicht einmal der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer ließ sich als „bekennender Antifaschist“ zu einem bissigen Kommentar hinreißen.

Das alte bürgerliche Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ mutet wie eine historische Inszenierung der Gegenwart an – erinnert sei nur an die Debatte über den Beitritt der Türkei, den „globalen Krieg gegen den islamistischen Terrorismus“, die „Selbstbehauptung Europas“ im Kampf um „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ gegen die USA und die „asiatischen Angreiferstaaten“ (Der Spiegel), den „clash of civilisations“ (Samuel Huntington) oder die Europäische Sicherheitsstrategie.

Mitten im Ersten Weltkrieg versuchte die revolutionäre Linke, auf die bürgerliche Europadebatte zu antworten. Teile der Zimmerwalder Linken warben für einen „Frieden ohne Kontributionen, das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung und die Vereinigten Staaten Europas ohne ständige Heere, ohne regierende Feudalkasten, ohne Geheimdiplomatie.“ Lenin fand zunächst „die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa im

Zusammenhang mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas (...) völlig unanfechtbar als politische Losung (Lenin Werke, Bd. 21, 1972: 342 ff.).“ Dennoch führe sie letztlich zu einer falschen politischen Orientierung, da die Vereinigten Staaten von Europa auch als demokratische Republik dem ökonomischen Inhalt nach kapitalistisch sein müssten, was mit einem von Sozialisten abzulehnenden „Übereinkommen über die Teilung der Kolonien“ verbunden sei.

Leo Trotzki warb bald darauf für die Perspektive der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa: „Es kann davon nicht die Rede sein, dass ein zersplittertes Europa wirtschaftlich sich wird halten können, auch unter der Diktatur des Proletariats nicht, wenn es seine Zersplitterung beibehält. Proletarische Revolution bedeutet Zusammenschluss Europas. (...) Aber die durch und durch von Widersprüchen zersetzte europäische Bourgeoisie ist dieser Aufgabe nicht gewachsen. Nur das siegreiche Proletariat wird Europa vereinigen können. Wo die Revolution auch anfangen mag, in welchem Tempo sie sich auch entfalten mag – die unbedingte Voraussetzung für den sozialistischen Umbau Europas ist ein wirtschaftlicher Zusammenschluss. (Trotzki 1924, Hervorhebungen im Original).“ Ihm ging es in erster Linie um ein geostrategisches Projekt: „Es versteht sich von selbst, dass die Sowjetunion einer föderativen Vereinigung Europas mit Europa nicht im Wege sein wird. Dadurch wird eine dauerhafte Brücke zwischen Europa und Asien geschlagen (Trotzki 1923).“ ‚Arbeiterfront‘ und ‚Arbeiterregierung‘ als Instrumente zur Beförderung der Revolution in Westeuropa, Sowjetmacht in Russland und antikoloniale Revolution in Asien (China und Indien) sollten als Schrittmacher für die sozialistische Weltrevolution wirken. Konkreteres zur institutionellen Ausgestaltung eines sozialistischen Europa oder zu seiner politischen Ökonomie hatte aber auch Trotzki nicht zu sagen. Es blieb – ziemlich typisch für die Politik der Kommunistischen Internationale in der Zwischenkriegszeit – bei einem bloßen Streit um die „richtige Losung“ zur Aufrüttelung und Einigung „der Massen“, während die bürgerlichen Kräfte und die Sozialdemokratie durchaus mit Vorschlägen zur institutionellen Gestaltung Europas aufwarten konnten.

Die Parole der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von unabhängigen Sozialisten und Minderheitsströmungen in der Sozialdemokratie wieder aufgegriffen. Ausgehend von einer 1947 von der Independent Labour Party in London organisierten Konferenz entwickelte sich die „Bewegung für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“. An den folgenden Namensänderungen dieser Bewegung lässt sich bereits absehen, wie sie ihren „sozialistischen“ Gestaltungsanspruch zunehmend aufgab und versuchte, auf die Vorläufer der EWG und diese selbst Einfluss zu nehmen: „Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa“ (MSEUE) ab 1951, dann „Bewegung der Europäischen Linken“ (MGE) ab 1959, anschließend Selbstauflösung zugunsten des Verbindungsbüros der Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft ab 1974.

Während MSEUE und MGE stets eine Minderheitsströmung in der breiteren Europabewegung nach dem Zweiten Weltkrieg blieben, punktete anfangs die von einem breiten anti-faschistischen Bündnis (Sozialchristen, Sozialliberale, Sozialdemokraten und Sozialisten, unabhängige Antifaschisten aus der französischen Résistance und der italienischen Partisanenbewegung) ins Leben gerufene Union Europäischer Föderalisten (UEF). Ihr Projekt war ein „integraler europäischer Föderalismus“ mit dem Ziel, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und andere Funktionen in einer Europäischen Föderation „so weit unten wie möglich“ und „so weit oben wie nötig“ anzusiedeln.

Anfangs dominierte auch hier das Ideal eines freiheitlichen, demokratischen und europäischen Sozialismus. So forderte das von Altiero Spinelli und seinen Mitstreitern des sozialistisch-libertären italienischen Partito d' Azione inspirierte „Manifest von Ventotene“ bereits 1942 eine Neuordnung Europas, die auf eine gemischte Wirtschaft mit Sozialisierung der Schlüsselindustrien gerichtet war: „Die europäische Revolution muss sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden; sie muss sich für die Emanzipation der Arbeiterklasse und die Schaffung menschlicherer Lebensbedingungen einsetzen. Die Nadel dieses Kompasses darf jedoch nicht in eine rein theoretische Richtung ausschlagen, wonach

der private Besitz der Produktionsgüter grundsätzlich abzuschaffen ist oder dann vorübergehend zu dulden, wenn es nicht anders geht. (...) Das Privateigentum muss, von Fall zu Fall, abgeschafft, beschränkt, korrigiert oder erweitert und nicht nach einer rein dogmatischen Prinzipienreiterei gehandhabt werden. Diese Richtlinie fügt sich blendend in den Entstehungsprozess eines vom Alptraum des Militarismus oder der nationalen Bürokratie befreiten europäischen Wirtschaftslebens. Die rationelle Lösung soll die irrationelle erlösen, auch im Bewusstsein der Arbeiter.“

Das Hertensteiner Programm der UEF von 1946 ging schon stärker in die Richtung der Einigung Europas auf Basis eines „sozialstaatlichen Klassenkompromisses“. Wirtschaftspolitisch wurde ein Mittelweg zwischen reiner Markt- und Planwirtschaft (Planisme concurrentiel) angestrebt: „Die Europäische Union sorgt für den planmäßigen Wiederaufbau und für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie dafür, dass der technische Fortschritt nur im Dienste der Menschheit verwendet wird. Die Europäische Union richtet sich gegen niemand und verzichtet auf jede Machtpolitik, lehnt es aber auch ab, Werkzeug irgendeiner fremden Macht zu sein.“ Noch 1950 forderten die Gewerkschafter in der UEF die Schaffung eines „einheitlichen europäischen Sozialversicherungs- und Fürsorgerechts“ und damit den Aufbau europäischer sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen (vgl. Mühlbach 1950). In ihrer Entschließung zur Wirtschaftspolitik verband die UEF aber bald „föderalistische Grundsatztreue mit freihändlerischem Pathos“ (Niess 2001, S. 112). Die „freie Zirkulation von Gütern, Kapitalien und Menschen“ und eine Europäische Währungsunion mit einheitlicher Europawährung schrieb sie auf ihre Fahnen, das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft begrüßte sie euphorisch.

Hart blieb sie lediglich bei ihrem Ideal des „integralen Föderalismus“, verstanden als gesellschaftspolitischem Ordnungsprinzip sowie als politischer Regelungstechnik. Wechselseitige wirtschaftspolitische Vereinbarungen zwischen souveränen Staaten könnten nicht von selbst zu einer wirklichen föderalen Union Europas führen. Dabei spielte das aus der französischen Résistance hervorgegangene Konzept des „Personalismus“ eine herausragende Rolle. Dieses meint, dass die Menschen nicht als atomisierte Individuen Zukunft gestalten können, sondern jeweils aus ihrer Einbettung in soziale Zusammenhänge – Familie, Arbeitskollektive, nachbarschaftliche Netzwerke, Gewerkschaften, demokratische Massenorganisationen usw. – heraus handeln. Hier ergibt sich eine deutliche Parallele zum heutigen „postmodernen Kommunitarismus“.

Obwohl die UEF sich als Sammelbecken europäisch orientierter Antifaschisten verstand, betonte sie ähnlich wie die italienische faschistische Theorie (Giovanni Gentile) oder die katholische Soziallehre (Sozialzyklika des Papstes Pius XI von 1931) die Rolle der „Korporationen“, d.h. ein Modell der Repräsentation im europäisch-föderalen Gefüge, das auf „Gemeinschaften“ wie Gemeinden, Kirchen, Berufsständen, Gewerkschaften, Schulen, Familien etc. beruhte und den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit zusehends als obsolet betrachtete.

Das geopolitische Projekt der UEF war die Vereinigung West- und Osteuropas (der damals entstehenden osteuropäischen „Volksdemokratien“), um Europa gleichermaßen einer Dominierung durch die USA und durch die Sowjetunion zu entziehen. Dagegen wandten sich die kommunistischen Parteien West- wie Osteuropas, die in der aufkommenden Systemkonkurrenz auf nationalstaatliche Souveränität und die Einhaltung der Aufteilung der Interessenssphären gemäß der Beschlüsse der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs von Potsdam und Jalta pochten. Aber auch in den sozialdemokratischen Parteien regte sich Widerstand gegen die Europapläne – allen voran der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der die Einheit Deutschlands und in diesem Rahmen den „Sozialismus als Tagesaufgabe“ als vorrangig betrachtete und – meiner Meinung nach ansonsten nicht zu Unrecht - gegen Kirche, Kapitalismus und Kartelle wettete.

Die reale (west)europäische Einigung: funktionale Marktintegration

Die durch die aufkommende Systemkonkurrenz geschaffenen gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, die europapolitische Zerstrittenheit in der Linken und das Einschwenken der UEF auf die Parole „westeuropäische Integration zuerst“ bei Hintanstellung ihrer ursprünglichen sozialstaatlichen Anliegen führten dazu, dass Winston Churchill's „Bewegung für ein vereintes Europa“ (JEM) die Oberhand in der europäischen Bewegung gewann. Nun kam die Stunde des „transatlantischen Elitenpakts“, welcher zur Bildung der EWG nach dem Paradigma rein funktionaler (Markt-) Integration führte. Er verband die „Amerikanisierung“ Westeuropas mit einer Politik der Eindämmung (containment, westeuropäische Integration als ‚Bollwerk gegen den internationalen Bolschewismus‘) gegenüber der Sowjetunion. Die US-Regierung unterstützte die Schaffung europäischer Institutionen und eines Gemeinsamen Marktes, weil so die Wirkung der US-Wirtschaftshilfe maximiert und mittelfristig deren Kosten durch einen selbsttragenden Aufschwung in Westeuropa minimiert werden konnten. Viele Aktivisten der UEF und des sozialistischen Flügels der Europabewegung um das MSEUE wandten sich anschließend enttäuscht von der EWG als europäischem Westblock ab. Ihre föderalistischen Träume wurden ebenso durch die reale Entwicklung der europäischen Integration düpiert wie Trotzki's Hoffnungen auf einen neuen „Aufschwung der Weltrevolution“ in Europa als Reaktion auf die Verheerungen des Zweiten Weltkriegs.

Immerhin handelte es sich bei der EWG noch um ein Projekt des „eingebetteten Liberalismus“, der den Aufbau des Wohlfahrtsstaats und einer „gemischten Wirtschaft“ auf nationalstaatlicher Ebene nicht berührte und einen freihändlerischen „Gemeinsamen Markt“ nur als Ergänzung zum Sozialstaatskompromiss auf nationaler Ebene verstand. Diese Konstellation änderte sich erst mit dem „Strukturwandel der europäischen Integration“ ab Mitte der 1980er Jahre. Als Reaktion auf die „Eurosklерose“ seit Mitte der 1970er Jahre, als sich die Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund des Endes des „langen Aufschwungs der Weltwirtschaft“ weder auf eine weitergehende Liberalisierung noch auf eine stärkere „Wirtschaftsprogrammierung“ und den Übergang zur Währungsunion (Werner-Plan 1970) verständigen konnten und stattdessen eine Renationalisierung der Wirtschaftspolitik betrieben, gewann in den 1980er Jahren das Projekt eines einheitlichen, liberalisierten Europäischen Binnenmarkts zusehends an Fahrt. Der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors versprach zwar, eine „soziale Dimension“ des Binnenmarkts schaffen zu wollen, doch diese materialisierte sich nur in bescheidenen Ansätzen. Ergebnis des eingeleiteten „Umbaus der Integrationsweise“ (Ziltener 1999, S. 132 ff) ist die heutige Hayeksche Europäische Union.

Die europäische Gewerkschaftsbewegung propagiert zwar immer noch das Ziel eines „sozialen Europa“, doch dessen Inhalt war lange Zeit im Vergleich zu den früheren Positionen von UEF und MSEUE sehr moderat auf die Einlösung der ursprünglichen Ankündigungen Jacques Delors' fixiert. Erst jetzt beginnt man zaghaft, einige der Grundprämissen der neoliberalen EU zu hinterfragen und eigene Handlungsmöglichkeiten im Sinne von Gegenmachtentwicklung zu erörtern (vgl. den Entwurf der europapolitischen Thesen der IG Metall).

Die Behauptung, wir hätten es mit einer einheitlichen, im Kern von allen demokratischen Kräften geteilten „Idee Europa“ zu tun, erweist sich somit als Mythos, der die gegensätzlichen Interessen der gesellschaftlichen Akteure verdeckt. Es gab im bisherigen Integrationsprozess immer sehr verschiedene Vorstellungen darüber, welches Gesellschaftsprojekt mit der europäischen Einigung erreicht werden und welche Rolle Europa in der Welt spielen soll. Der Streit darum spitzte sich vor allem in jenen Phasen zu, in denen historisch gewachsene weltweite Hegemonialordnungen im Umbruch waren: Nach dem Ersten Weltkrieg, als sich erwies, dass das britische Empire seine vormals dominante Rolle verlieren würde, und nach dem Zweiten Weltkrieg, welcher die USA als neuen Hegemon der kapitalistischen Weltordnung hervorbrachte, die in der Sowjetunion ihren Gegenspieler fand.

Die Wiedergeburt Europas: Welches Projekt, wer treibt es voran?

Erste Anzeichen für ein Wiederaufflammen einer grundsätzlicheren Diskussion um die Zukunft der europäischen Integration und über Europas Rolle in der Welt sind daher nicht von ungefähr mit dem Irak-Krieg und der Frage verbunden, wie lange die USA noch ihre Rolle als hegemoniale Weltmacht behaupten können. Jürgen Habermas und Jacques Derrida sahen in den großen Protestdemonstrationen gegen den Irakkrieg am 15. Februar 2003 ein Signal für die „Wiedergeburt Europas“. In ihrer Sicht erscheint Europa als zivilisiertere Alternative gegenüber einer auf unilateralistische kriegerische Machtpolitik setzenden USA. Der tiefere Grund für diese Verschiedenheit liege in einer anderen Verarbeitung der Erfahrungen zweier Weltkriege, die sich zum großen Teil auf dem euroasischen Kontinent abspielten: „Europäer haben ein relativ großes Vertrauen in die Organisationsleistungen und die Steuerungskapazitäten des Staates, während sie gegenüber der Leistungsfähigkeit des Marktes skeptisch sind. Sie besitzen einen ausgeprägten Sinn für die Dialektik der Aufklärung, hegen gegenüber technischen Fortschritten keine ungebrochen optimistischen Erwartungen. Sie haben Präferenzen für die Sicherheitsgarantien des Wohlfahrtsstaates und für solidarische Regelungen (...) Der Wunsch nach einer multilateralen und rechtlich geregelten internationalen Ordnung verbindet sich mit der Hoffnung auf eine effektive Weltinnenpolitik im Rahmen reformierter Vereinter Nationen (Habermas/Derrida 2003).“ Es gelte nun, die nationalen Identitäten durch eine europäische Dimension aufzustocken.

Bezüglich der Aufgaben einer europäischen Verfassung bemerkte Habermas bereits zuvor „Denn die vor uns liegende Herausforderung besteht nicht darin, etwas neues zu erfinden, sondern die großen demokratischen Errungenschaften des europäischen Nationalstaats zu bewahren, über seine eigenen Grenzen hinaus. Diese Errungenschaften schließen nicht nur die formale Garantie der Bürgerrechte ein, sondern auch die Niveaus von sozialer Wohlfahrt, Erziehung und Freizeit, die die Voraussetzung sowohl für eine effektive private Autonomie als auch demokratischer Bürgerschaft sind (Habermas 2001, S. 6).“ Habermas' Kernanliegen ist die Einigung Europas, um den sozialstaatlichen Klassenkompromiss in wie auch immer modernisierter Form zu bewahren. Er übersieht das Offensichtliche: dieser Klassenkompromiss ist seit Ende der 1970er Jahre längst durch die weltweite Unternehmeroffensive aufgekündigt. Die heutige „Hayeksche EU“ ist ein Instrument, um ihn vollends zu zerstören.

Jürgen Elsässer bringt diesen Widerspruch auf den Punkt: „Habermas ist dort am besten, wo er sich zu einer europäischen Identität bekennt, die ‚etwas Konstruiertes von Anfang an‘ wäre, sich also nicht ontologisch, völkisch oder kulturalistisch missversteht. Identität wäre also das Resultat eines politischen Verständigungsprozesses, der allerdings – siehe 1789 – von einem Aufstand getragen sein müsste, der das politische Subjekt dieses Staatskonstruktes im Kampf gegen das Ancien régime überhaupt erst hervorbringt. Die französische Nation wurde in der französischen Revolution geboren, und deren Träger war ein politisches Bündnis unter Führung des Dritten Standes. Mit der europäischen Nation wird es sich analog verhalten, allerdings würde die Führung beim Vierten Stand, bei der Arbeiterschaft, liegen (Elsässer 2003).“

Seine Argumentation ist zwar wie mit dem Presslufthammer gemeißelt und der Rückgriff auf das Schema der französischen Revolution in punkto „Nationsbildung“ m. E. auch fragwürdig – wenn man die Analogie zu weit treibt, wäre ein mögliches Ergebnis, dass die zu konstituierende „europäische Nation“ ähnlich wie Napoleon gegen die „Ancien régimes“ der restlichen Welt „Befreiungskriege“ zu führen hätte. Ihren Kern halte ich dennoch für richtig: eine Konfrontation um den sozialen Gehalt der europäischen Einigung entlang unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, mit der Überwindung des „ancien régime“ der neoliberalen EU als zentralem Kampffeld.

Auch die Formel vom „Vierten Stand“ als Subjekt der Veränderung birgt auf den zweiten Blick mehr Probleme, als ihre eingängige Schlichtheit vermuten lässt. In soziologischer

Betrachtung gehören wohl mehr als 90 Prozent der Bevölkerung der EU zur Kategorie der von Lohn- oder Erwerbsarbeit Abhängigen. Hier macht Marx' klassische Unterscheidung von der ‚Arbeiterklasse an sich“ und „für sich“ auf die realen Schwierigkeiten aufmerksam, ein Subjekt der Gesellschaftsveränderung daraus zu konstituieren. Das ‚abgehängte Prekariat‘, oftmals rechtlose MigrantInnen in der Schattenwirtschaft, weibliche Teilzeit- und Flexiarbeitskräfte in den Dienstleistungen, traditionelle männliche Industriefacharbeiter, hochqualifizierte Ingenieure und Techniker, Angestellte mit Managementfunktionen in öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft oder ‚moderne Wissensarbeiter‘ in der IT-Branche und den Medien haben ganz unterschiedliche spezifische Interessenlagen und Mentalitäten, die nicht gerade dazu beitragen, sich als gemeinschaftlich handelndes Subjekt zu verstehen. Wie die Geschichte der historischen Arbeiterbewegungen gezeigt hat, bedurfte es immer langwieriger Prozesse gegenseitiger Anerkennung und interner Kompromisse, um wirkungsmächtige ‚kritische Massen‘ für Veränderungen zu erschaffen.

Gerade im Hinblick auf die europäische Dimension sind die derzeitigen Schwächen offenkundig. Gewerkschaften und soziale Bewegungen wollen auf europäischer Ebene handlungsfähiger werden, doch bislang gibt es wenig vorzeigbare Ergebnisse (vgl. die Beiträge von Hälker und Kreuz in diesem Band). Die IG Metall strebt immerhin an, mit ihren Partnern in der EU eine europäische Betriebs- und Tarifpolitik in Angriff zu nehmen, was schon mal ein Anfang wäre. Das Europäische Sozialforum (ESF) leistet seit 2002 einen eigenständigen Beitrag von links, die Schaffung einer europäischen demokratischen politischen Öffentlichkeit zu befördern. Während kämpferische Gewerkschaftsströmungen schon seit geraumer Zeit im ESF mitarbeiten, entwickelt sich zunehmend ein Dialog mit den offiziellen Gewerkschaftsverbänden auf nationalstaatlicher Ebene und mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Trotzdem scheint es schwierig, über gemeinsame Diskussionen hinaus zu konkreten Verabredungen zu kommen und diese auch über längere Zeiträume gemeinsam umzusetzen. Ein Beispiel dafür ist der Kampf gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie, bei dem nach anfangs guten Mobilisierungserfolgen (Großdemonstrationen in Brüssel im März 2005, Straßburg und Berlin im Februar 2006) den Akteuren zum Endspurt im November 2006 bereits die Puste ausgegangen war. Die Auseinandersetzung mit der europäischen Dimension ist immer noch stark geprägt vom Eventcharakter der Gegenmobilisierung zu EU-Gipfeln und anderen Großereignissen und einem damit verbundenen ‚Themenhopping‘ (z.B. von ‚Bolkestein‘ zum G8-Gipfel in Heiligendamm als Schwerpunkt). Für eine dauerhaftere Verankerung der europäischen Dimension in die Politik von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen erscheint es aber geboten, diese an entsprechender Stelle in die Auseinandersetzungen auf der nationalstaatlichen Ebene einzubetten (z.B. die Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie in den Abwehrkämpfen gegen Arbeitszeitverlängerungen; die Kritik der Lissabon-Strategie bei der Mobilisierung gegen die Rente mit 67 usw.). So würde vielleicht für breitere, europapolitisch nicht so umfassend informierte Kreise nachvollziehbar, wie die neoliberale Politik gleichgerichtete Umwälzungen in einem europäischen ‚Mehrebenensystem‘ betrifft, auf welche die Gegenstrategien in gleicher Weise (europäisch, nationalstaatlich, regional, lokal) schlüssige Alternativen in Stellung zu bringen hätten.

Visionen der Linken für ein soziales Europa

Um aus einer Minderheitenposition heraus für die Anliegen von Bevölkerungsmehrheiten ausstrahlungs- und anschlussfähig zu werden, ist die Frage der Entwicklung ‚gegenhegemionaler‘ Leitbilder und Visionen natürlich zentral. Diese müssen in der Lage sein, unterschiedliche Mentalitäten und Interessen der von neoliberaler Politik negativ betroffenen Bevölkerungsmehrheiten zu vermitteln und auf gemeinsame Ziele zu bündeln. So sympathisch die aus Lateinamerika herüberschwappende Diskussion über einen ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ in dieser Hinsicht auch ist, so berührt sie bisher nur Minderheiten innerhalb der gesellschaftlichen Minderheit der ‚alternativen Linken‘. Salz in der Suppe des globalen und europäischen Widerstands gegen neoliberale Globalisierung ist sie durchaus. In Europa gibt es aber bislang keine politische oder soziale Kraft, die ein in sich

konsistentes und vermittelbares nationales oder europäisches Programm in dieser Perspektive vorzuzeigen hätte.

Die alternativen Europa-Visionen von sozialen Bewegungen und Linken bewegen sich vielmehr auf dem Feld der „alternativen Politik“ oder des „Politikwechsels“. Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden als solche kaum angesprochen. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: nach vielen Niederlagen – sowohl des „realen Sozialismus“ in der Sowjetunion und Osteuropa als auch der sozialdemokratischen Vision vom „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ – steht zunächst die Bündelung des Widerstands gegen den „Neoliberalismus“ im Vordergrund. Ein weiterer Faktor ist die eigene Zerstrittenheit über die „Finalität der europäischen Integration“, also zwischen linkem Souveränismus und linkem Föderalismus.

Die deutsche Bundestagsfraktion der Linken hat deshalb Eckpunkte für einen alternativen europäischen Verfassungsvertrag vorgelegt, der eine klare Abkehr von neoliberalen Grundsätzen, eine Demokratisierung der EU und eine zivile Ausrichtung der Außenpolitik fordert, aber gleichzeitig eine neutrale Haltung der Verfassung zu Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Mitgliedstaaten einklagt (vgl. Gysi/Lafontaine 2006). Unter dem Gesichtspunkt, eine hinreichende Handlungsfähigkeit der Linken jenseits der verschiedenen grundsätzlichen Haltungen zur europäischen Integration zu schaffen, ist dies durchaus nachvollziehbar.

Eine ganz ähnliche Methodik unterliegt auch den Vorschlägen der Euromemo-Gruppe (alternative Wirtschaftspolitik für Europa) und des Europawahlprogramms der ehemaligen PDS von 2004, welche sich auf Forderungen nach einem generellen „Politikwechsel“ in der EU konzentrieren. Linke Souveränisten, EU-Kritiker und Föderalisten können sich darauf verständigen, eine wirksame Koordinierung von EU-Politik mit nationalstaatlichen Politiken für einen ökologisch-solidarischen Politikwechsel einzuklagen. Selbst viele grundsätzliche linke EU-Gegner können dieser Methode einiges abgewinnen. So können die linken Ansätze sich bündeln, statt sich in der Kontroverse um ein föderales Europa als Endziel gegenseitig zu blockieren.

Das PDS-Europawahlprogramm von 2004 orientiert deshalb auf eine Politik „mittlerer Reichweite“, welche die gegenwärtige neoliberale Lissabon-Strategie durch eine zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten positiv koordinierte integrierte Strategie für „Nachhaltigkeit und Solidarität“ ablöst. Das Leitbild einer nachhaltigen oder zukunftsfähigen Entwicklung der EU stützt sich zunächst auf drei Säulen: die ökonomische, die soziale und die ökologische. Diese werden ergänzt durch eine vierte „institutionelle“ Dimension der Nachhaltigkeit, die im engeren Sinne die Organisations- und Steuerungsformen nachhaltigkeitsorientierter Politik beinhaltet, im weiteren Sinne Fragen von Partizipation und Demokratie. Eine integrierte EU-Strategie für Nachhaltigkeit und Solidarität beinhaltet dann die möglichst kohärente Verknüpfung dieser Aspekte durch verbindliche europäische Ziele und Leitlinien.

Das gesellschaftspolitische Projekt des PDS-Europawahlprogramms macht dabei Anleihen bei wirtschaftspolitischen Theorien von John Maynard Keynes, Michail Kalecki und Karl Marx und greift Jacques Delors Forderung nach einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“ positiv auf. Es verbindet die Idee einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Orientierung der EU (höhere Löhne, expansive Geld- und Haushaltspolitik, „doppelte Koordinierung“ der makroökonomischen Politiken der EU-Ebene und jener der Mitgliedstaaten) als Alternative zur bisher vorherrschenden Fixierung auf Exporterfolge und „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ mit sozial-ökologischen Strukturreformen im EU-Binnenmarkt.

Literatur

Anderson, Benedict: Imagined Communities, London, 2006 (Revised Edition)

Balibar, Etienne: Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen, Hamburg, 2003

Brie, André: Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung, Brüssel, 2002; www.pds-europa.de

Brie, André: Europäische Sozialpolitik. Der Abriss des Sozialstaats, Mai 2004 www.pds-europa.de/dokumente/studien/index.htm

Busch, Klaus: Das Korridormodell - ein Konzept zur Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik, 1998, in: International Politics and Society, 2/1998

Coudenhove-Kalergi, Richard: Die Wiedervereinigung Europas, Wien, 1964

Crome, Erhard: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft, Berlin, 2006, Rosa-Luxemburg-Stiftung Reihe Texte, 17

Deppe, Frank, Hg.: Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln, 1976

Dräger, Klaus: Radikale Sozialstaatsreform in Europa, Berlin, 2004; in: Das Argument Nr. 256, November

Elsässer, Jürgen:): Habermas vor Sedan; in: junge Welt vom 3.6.2003

Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Berlin, 1991

Gowan, Peter: The State of the Union - the global context, 2005, paper presented at the 11th workshop on Alternative Economic Policy in Europe, Brussels, September 23 – 25

Griffiths, R. T (ed.): Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950s, London, 1993

Gysi, Gregor u. Lafontaine, Oskar: Die Europäische Union aus der Sackgasse führen. Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union, Berlin, November 2006

Habermas, Jürgen: Why Europe needs a Constitution; london, 2001, in: New Left Review 11 (new series)

Habermas, Jürgen u. Derrida, Jacques: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas; in: FAZ vom 31.5.2003

Hayek, Friedrich A.: Der Weg zur Knechtschaft; Tübingen, 2004, Band 1, Abt. B der gesammelten Schriften von F. A. v. Hayek in deutscher Sprache, Hg. Manfred E- Streit (englischsprachige Erstveröffentlichung 1944)

Hobsbawm, Eric J.: Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/Main, 2005 (Dritte Auflage)

Hertensteiner Programm der UEF, 1946,
www.europaweb.de/europa/02wwswww/205herte/hertenst.htm

IG Metall: Für ein solidarisches Europa. Thesen für ein europapolitisches Memorandum der IG Metall, Frankfurt, November 2006

Langerwiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München, 2000

Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas, Stuttgart 1977

Manifest von Ventotene, 1942, www.federaleurope.org/de/archives/ventotene.html

Milward, Alan S.: Approaching Reality: Euro-Money and the Left; London, 1996; in:

New Left Review 216 (old series), March/April, S. 55 – 65

Mühlbach, Paul: Soziales Europa; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1950

Niess, Frank: Die europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstands, Frankfurt am Main, 2001

PDS Europawahlprogramm: Alternativen sind machbar! Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, Berlin, 2004;
www.sozialisten.de/download/dokumente/wahlprogramme/europawahlprogramm2004.pdf

van der Pijl, Kees: The Making of an Atlantic Ruling Class, London, 1984

Renan, Ernest: Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften, Wien, 1995

Seifert, Hartmut u. Tangian, Andranik: Globalization and Deregulation. Does flexicurity protect atypically employed?, Düsseldorf, 2006, WSI Diskussionspapier 143, März

Trotsky, Leo: Über die Aktualität der Parole „Vereinigte Staaten von Europa“, Prawda vom 30. Juni 1923, www.sozialistische-klassiker.org/Trotsky/lt45.pdf

Trotsky, Leo: Europa und Amerika, 1924, www.sozialistische-klassiker.org/Trotsky/lt45.pdf

Urban, Hans-Jürgen: Die neue Sozialpolitik. Zum Zusammenhang von europäischer Integration und nationalstaatlichem Sozialabbau, 2003; in: Z Nr. 55, September

Ziltener, Patrick: Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster, 1999

Quelle: sandimgetriebe. Der deutschsprachige Newsletter von Attac Österreich, Deutschland, Schweiz SiG 57 v. 11.02.2007